

Krieg unter US-Führung

Pentagon spricht nach Luftangriffen gegen Libyen von »Mehrphasen-Operation«. Vermittlungsbemühungen lehnte der Westen von vornherein ab. **Von Karin Leukefeld**

Am späten Samstag nachmittag haben Frankreich und die USA den Luftkrieg gegen Libyen begonnen. Noch während der französische Präsident Nicolas Sarkozy der Presse in Paris das Ergebnis eines eilig einberufenen Gipfeltreffens verkündete, flogen schon die ersten französischen Rafale (»Windböe«)-Kampfflugzeuge Angriffe. In der ostlibyschen Hafenstadt Bengasi habe man vier Panzer der libyschen Truppen abgeschossen, erklärte ein Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums. Die Piloten hätten sich zuvor davon überzeugt, daß »keine Zivilisten gefährdet« wurden. Der Angriff geschah fast zum gleichen Zeitpunkt, an dem vor acht Jahren, in der Nacht vom 19. auf den 20. März, die völkerrechtswidrige Invasion des Irak begann. Der Libyen-Angriff läuft unter dem Namen »Operation Odyssee Dämmerung«, mittlerweile haben die US-Streitkräfte die Führung übernommen. Präsident Barack Obama erklärte, man antwortet »auf den Ruf eines bedrohten Volkes«.



Der französische Flugzeugträger »Charles de Gaulle« verläßt am Sonntag den Marinehafen Toulon

Erste Phase

Aus Bengasi flohen am Wochenende Hunderttausende Menschen in Richtung Osten aus Angst vor einem Luftkrieg. In verschiedenen arabischen Medien waren Autostaus zu sehen. Dabei setzte die libysche Armee keine Kampfflugzeuge ein. Der Jet, der am Samstag morgen über Bengasi abgeschossen wurde, war von einem Piloten gesteuert, der zuvor zur Opposition übergelaufen war. Er starb durch »friendly fire«, doch vermittelten die Filmaufnahmen von dem Abschluß, die in allen deutschen Nachrichtensendungen wiederholt gezeigt wurden, den Eindruck, als habe sich die Regierung von Muammar Al-Ghaddafi nicht an das Flugverbot gehalten.

Das Pentagon bestätigte am Samstagabend, 110 Marschflugkörper seien auf 20 identifizierte Ziele in Libyen abgeschossen worden. Die Raketen seien von US-Kriegsschiffen im Mittelmeer abgeschossen worden, auch U-Boote waren beteiligt. Vermutlich wurden Luftabwehrstellungen und Basen der libyschen Luftwaffe um Tripolis zerstört. Es handele sich um die »erste Phase« einer »Mehrphasen-Operation«, sagte der Pentagonsprecher, man werde später Drohnen einsetzen. Beteiligt seien europäische und arabische

Staaten. Koordiniert wird der Angriff in der Nähe von Stuttgart, wo das US-Afrika-Kommando seinen Sitz hat. Als weiterer zentraler Ort für die Kriegskoordination dient Neapel, wo sich die 6. US-Flotte und das Südkommando der NATO befinden.

Nachrichtenagenturen berichteten, an der Operation beteiligten sich neben Frankreich, Großbritannien und den USA auch Kanada, Dänemark, Norwegen, Spanien, Italien und »arabische Partner«. Ziel ist, wie der britische Ministerpräsident David Cameron sagte, die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 durchzusetzen und die Libyer vor ihrem »brutalen Diktator zu schützen«. Der Angriff sei »nötig, legal und richtig«.

Medienhetze

In Tripolis verurteilte Mohamed Al-Zawi, ein Sprecher der libyschen Volksversammlung, den Angriff. Er wies darauf hin, daß die libysche Regierung die UN-Resolution akzeptiert und einen Waffenstillstand mit der Opposition erklärt habe. Außerdem habe man Vertreter der internationalen Gemeinschaft sowie UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eingeladen, Beobachter nach Libyen zu entsenden, um den Waffenstillstand zu überprüfen. Statt

dessen habe man Raketen nach Libyen geschickt.

Die Regierungen von Rußland und China erklärten, man bedauere den militärischen Angriff westlicher Staaten auf Libyen. Die beiden Vetomächte hatten sich bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat ebenso wie Brasilien, Deutschland und Indien enthalten. Außenminister Guido Westerwelle, der am Freitag im Bundestag die Position der Bundesregierung erläuterte, erhielt seltenen Beifall der Linken, wurde aber sowohl von Grünen als auch von SPD-Mitgliedern scharf kritisiert. Anders als bei anderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, war die öffentliche Meinung in Deutschland Umfragen zufolge mehrheitlich für ein militärisches Vorgehen gegen Libyen, allerdings nicht für eine deutsche Beteiligung. Auch der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Bundestags, Tom Koenigs von den Grünen, kritisierte die Enthaltung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat. Der Schutz der Menschenrechte in Libyen müsse der Bundesregierung ein ernstes Anliegen sein. »Deutschland muß den nordafrikanischen Nachbarn klarmachen, daß wir für den Schutz der Zivilbevölkerung eintreten, auch wenn es schwierig wird.«

Ähnlich wie seinerzeit vor dem Krieg

gegen den Irak hatten westliche Medien wesentlich dazu beigetragen, den libyschen Machthaber zum Abschluß freizugeben. Ähnlich wie damals Saddam Hussein wurde Muammar Al-Ghaddafi als »Hitler«, »Diktator« und »irrer Schlächter« beschrieben, für den »kein Völkerrecht« gelten dürfe, weil er »Tausende abschachtet« (Zitate von Focus-Chefredakteur Uli Baur, 28. Februar, und Rolf Ehlers im »Social Media Blog Readers Edition«, 13. März).

Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des Konflikts in Libyen kamen in den meisten Medien nicht vor. So hatten sowohl die Oppositionellen als auch die Regierung Ghaddafi mehrfach einen Waffenstillstand und Verhandlungen ins Spiel gebracht, was aber durch ausländische Verbalattacken und Drohungen gegen Ghaddafi torpediert wurde. Ein Vermittlungsversuch von Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez war sowohl von Ghaddafi als auch von der Arabischen Liga begrüßt worden, wurde von der EU und den USA aber vom Tisch gewischt. Ähnlich erging es einer Vermittlungsinitiative der Afrikanischen Union.

Das Vorgehen der Regierungen von Irak, Bahrain oder Jemen gegen Massenproteste in ihren jeweiligen Staaten mit vielen Toten waren kein Thema im UN-Sicherheitsrat.

US-AFRIKA-KOMMANDO Einsatzzentrale in Stuttgart

Deutschland hat zwar der Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat die Zustimmung verweigert, die Fäden des internationalen Militäreinsatzes laufen aber im Südwesten der Bundesrepublik zusammen. Die Attacken von Kampfflugzeugen und Marschflugkörpern gegen die libyschen Regierungstruppen werden zunächst vom Afrika-Kommando der US-Streitkräfte (AFRICOM) koordiniert, das sein Hauptquartier in Möhringen bei Stuttgart hat. Das Regionalkommando steuert alle militärischen Aktivitäten der USA auf dem afrikanischen Kontinent mit Ausnahme von Ägypten. Bis zur Schaffung einer dauerhaften Kommandostruktur soll es die Federführung beim Libyen-Einsatz »Odyssey Dawn« übernehmen.

AFRICOM ist das jüngste der insgesamt sechs US-Regionalkommandos. Da nach Schätzungen bis 2015 ungefähr 25 Prozent des US-amerikanischen Öls aus Afrika kommen werden, arbeiten Lobbyisten seit 2002 daran, die Regierung in Washington zu bewegen, eine militärische Präsenz in Afrika, hier vor allem im Golf von Guinea, aufzustellen, um gegen Wirtschaftskontrahenten – allen voran China – einen Vorteil zu erlangen bzw. neue Erdölfördergebiete für die US-Ölindustrie zu sichern. Die Debatte um die Aufstellung des Africa Command drehte sich daher zunächst darum, ob die geschätzten fünf Milliarden US-Dollar, die jährlich für diese Kommandoeinrichtung aufgewendet werden, gerechtfertigt sind. Präsident George W. Bush verkündete im Februar 2007 die Gründung des Kommandos, gut anderthalb Jahre später war das Hauptquartier in den Kelley Barracks in Möhringen voll einsatzbereit. Zuvor war das ebenfalls bei Stuttgart ansässige Regionalkommando Europa (EUCOM) für die militärischen Beziehungen mit den meisten afrikanischen Staaten zuständig. Der Schwerpunkt von AFRICOM liegt auf dem Kampf gegen den Terrorismus, der militärischen Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern und sogenannten humanitären Einsätzen. Oberkommandierender ist seit knapp zwei Wochen der US-General Carter F. Ham.

Derzeit sind laut AFRICOM rund 1500 Soldaten und zivile Mitarbeiter der US-Armee in den Kelley Barracks stationiert. Das Gelände wurde erstmals 1938 von der Wehrmacht als Hellenen-Kaserne militärisch genutzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg zogen die US-Streitkräfte ein, die Kaserne wurde nach dem Kriegshelden Jonah E. Kelley benannt. Während des Kalten Krieges hatte das VII. Korps der US-Armee hier sein Hauptquartier. (AFP/JW)

CHINA, INDIEN, RUSSLAND UND ARABISCHE LIGA SEHEN ANGRIFFE NICHT VON UN-RESOLUTION GEDECKT

In einer im Internet veröffentlichten Erklärung des russischen Außenamtssprechers Alexander Lukaschewitsch hieß es am Sonntag, bei den Luftschlägen gegen Libyen seien auch »Objekte nichtmilitärischen Charakters« in Tripolis, Tarhuna, Maa-mura und Shmeil bombardiert worden. Dabei seien bereits mindestens 48 Zivilisten getötet und 150 verletzt worden. Ein kardiologisches medizinisches Zentrum sei teilweise zerstört worden, Straßen und Brücken seien beschädigt. Die verantwortlichen Staaten wurden von Moskau aufgefordert, den »wahllosen Einsatz von Gewalt« zu stoppen. Solche Luftschläge seien von der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates

nicht gedeckt. Deren Ziel sei vielmehr der Schutz der Zivilbevölkerung in dem nordafrikanischen Land.

Auch das chinesische Außenministerium kritisierte am Sonntag die Luftangriffe. China habe die jüngsten Entwicklungen in Libyen zur Kenntnis genommen und bedauere die Militärangriffe auf das Land, teilte das Ministerium in Peking mit. China respektiere die »Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität« des nordafrikanischen Landes und lehne die Anwendung von Gewalt in internationalen Beziehungen ab. »Wir hoffen, daß China so bald wie möglich wieder Stabilität herstellen und weitere zivile Opfer vermeiden kann, die auf eine

Eskalation eines bewaffneten Konflikts zurückzuführen sind.«

Indiens Außenministerium äußerte sich am selben Tag ähnlich: »Mit tiefer Besorgnis verweist Indien auf Gewaltanwendung, Konfrontation und Verschlechterung der humanitären Situation in Libyen«, hieß es in einer Erklärung. »Wie Indien bereits betont hat, müssen die einzuleitenden Maßnahmen die ohnehin schwere Lage des libyschen Volkes mildern und nicht verschlechtern. Indien ruft die Seiten auf, auf die Gewaltanwendung bzw. -androhung zu verzichten und die Widersprüche auf friedlichem Wege unter Beteiligung der UNO und der regionalen Organisationen zu regeln.«

China, Indien und Rußland hatten sich bei der Abstimmung im Weltsicherheitsrat über die Resolution 1973 in der Nacht zum Freitag in New York neben Brasilien und Deutschland der Stimme enthalten.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, kritisierte das Vorgehen des Westens in Libyen am Sonntag ebenfalls. Die Luftangriffe dienten nicht dem vereinbarten Ziel, eine Flugverbotszone über dem Land durchzusetzen, erklärte er am Sonntag vor Journalisten in der ägyptischen Hauptstadt Kairo und fügte hinzu: »Wir wollen Schutz für die Zivilbevölkerung und keinen Beschuß weiterer Zivilisten.« Die Unterstützung der Arabischen Liga

für eine Flugverbotszone über Libyen galt im Westen als Bedingung für einen Militäreinsatz. Der UN-Sicherheitsrat hatte aber nicht nur eine Flugverbotszone, sondern auch »alle notwendigen Maßnahmen« zum Schutz der Zivilbevölkerung zugelassen.

Die deutsche Regierung verteidigte dagegen am Sonntag gegen anhaltende Kritik vor allem von SPD und Grünen einerseits ihre Enthaltung, äußerte sich dagegen zu den Militäraktionen nicht. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) forderte vielmehr den libyschen Oberst Muammar Al-Ghaddafi auf, den verkündeten Waffenstillstand »endlich auch nachweisbar mit Taten« einzuhalten. (AFP/dapd/JW)